

Datum
24.01.2012

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)
2012/6201

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Bezirksvertretung Bottrop-Mitte	19.04.2012	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Kirchhellen	24.04.2012	Vorberatung
Bezirksvertretung Bottrop-Süd	26.04.2012	Vorberatung
Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	08.05.2012	Vorberatung
Rat der Stadt	15.05.2012	Entscheidung

Betreff

Änderung der Satzung der Stadt Bottrop für die Durchführung von Bürgerentscheiden

Beschlussvorschlag

Die Änderung der Satzung der Stadt Bottrop für die Durchführung von Bürgerentscheiden gemäß Anlagen wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Problembeschreibung / Begründung

Durch das Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung vom 13.12.2011 ist § 26 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen geändert worden. Diese Änderung hat auch Auswirkungen auf die Satzung der Stadt Bottrop zur Durchführung von Bürgerentscheiden.

In § 26 Absatz 7 GO NRW wird nun die für die Entscheidung erforderliche Mehrheit der gültigen Stimmen nach Einwohnerzahlen gestaffelt. Für Bottrop als Gemeinde mit mehr als 100.000 Einwohnern muss diese Mehrheit mindestens 10 Prozent der Bürger betragen. Für die Stadtbezirke wird eine Mehrheit von 15 Prozent (für den Stadtbezirk Bottrop-Mitte mit einer Einwohnerzahl zwischen 50.000 und 100.000) bzw. von 20 Prozent (für die Stadtbezirke Bottrop-Süd und Bottrop-Kirchhellen mit bis zu 50.000 Einwohnern) gefordert.

Außerdem wird der Absatz 7 um einen durch den Rat zu beschließenden Stichentscheid ergänzt für den Fall, dass konkurrierende Bürgerentscheide durchgeführt werden. Die Gemeindeordnung NRW schreibt dem Rat für diese Fälle nun verbindlich vor, eine Stichfrage zu beschließen, um bei gleichzeitig und widersprüchlich zur Abstimmung stehenden Bürgerentscheiden eine die Gemeinde bindende Entscheidung herbeiführen zu können. Der Bürger stimmt dann also gleichzeitig über die konkurrierenden Bürgerentscheide und die Stichfrage ab. Dabei erhält der Stichentscheid seine Bedeutung in dem Fall, in dem gleichzeitig durchgeführte, aber inhaltlich nicht miteinander zu vereinbarende Bürgerentscheide jeweils für sich genommen das Abstimmungsquorum erreicht haben, jedoch zu einem widersprüchlichen Abstimmungsergebnis führen. Es gilt dann derjenige Bürgerentscheid, der in der Stichfrage die höchste Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Ergibt sich im Stichentscheid für keinen der widersprüchlichen Bürgerentscheide eine Mehrheit, gilt der Bürgerentscheid, der die höchste Stimmenzahl hat.

Darüber hinaus wird beim Bürgerbegehren ein Kostendeckungsvorschlag durch die Antragssteller nicht mehr gefordert. Nach § 26 Absatz 2 ist die Verwaltung in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Bürgern bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens behilflich. Sie teilt den Vertretungsberechtigten schriftlich eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten (Kostenschätzung) mit. Die Kostenschätzung der Verwaltung ist bei der Sammlung der Unterschriften nach Absatz 4 anzugeben. Auswirkungen auf die Satzung hat diese Gesetzesänderung jedoch nicht.

Folgende Satzungsänderungen werden empfohlen:

§ 14 Abs. 2

Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 10 vom Hundert der Bürger beträgt.

Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Wird bei mehreren Bürgerentscheiden an einem Tag ein Stichentscheid erforderlich, gilt diejenige Entscheidung, für die sich im Stichentscheid die Mehrheit der gültigen Stimmen ausspricht. Bei Stimmengleichheit im Stichentscheid gilt der Bürgerentscheid, dessen Frage mit der höchsten Stimmenzahl mehrheitlich beantwortet worden ist.

§ 15

Diese Satzung gilt entsprechend auch für die Durchführung von Bürgerentscheiden in den Stadtbezirken mit Ausnahme des § 14 Abs. 2 Satz 1.

Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit

im Stadtbezirk mit über 50.000 Einwohnern	mindestens 15 vom Hundert
im Stadtbezirk mit bis zu 50.000 Einwohnern	mindestens 20 vom Hundert

der Bürger beträgt.

Die v.g. Änderungen sind im Entwurf der Satzung der Stadt Bottrop zur Änderung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden berücksichtigt und als **Anlage 1** beigelegt. Die Änderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben. Die Synopse der bisherigen und der vorgeschlagenen Satzungsregelungen sind als **Anlage 2** beigelegt.

Tischler

Anlage 1 (Änderungssatzung-Entwurf)
Anlage 2 (Synopse)